



HESSISCHER LANDTAG

04. 09. 2018

Plenum

Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Orientierungsstudiengänge in Hessen gehen an den Start

Der Landtag wolle beschließen:

1. Ein wichtiges Ziel der hessischen Hochschulpolitik ist es aus Sicht des Landtages, die Studienabbruchquote, also die Quote derjenigen Studierenden, die sich gezwungen sehen, ein Studium abzubrechen, weiter zu senken. Gerade während der ersten Semester kommt es häufig zum Wechsel des Studienfachs oder sogar zum Abbruch des gesamten Studiums. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass viele Studierende vor Beginn ihres Studiums kein genaues Bild von dessen Ablauf und den Anforderungen bzw. von den Berufsbildern, die damit typischerweise verbunden sind, haben. Ein Orientierungsstudium kann Studierenden dabei helfen, diese Frage möglichst früh im Studium zu klären und so das Wechseln oder Abbrechen von Studiengängen vermeiden helfen. Orientierungsstudiengänge können daher eine wichtige Unterstützung für den Übergang in ein erfolgreiches Studium sein.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Universität Kassel und die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a.M. Modellversuche für ein Orientierungsstudium mit der Landesregierung erarbeitet haben und sie zeitnah durchführen werden. So wird zum Wintersemester 2019/20 ein Orientierungsstudium "plusMINT" in Kassel genauso wie ein Orientierungsstudium Natur- und Lebenswissenschaften in Frankfurt a.M. möglich sein. Ab dem Sommersemester 2020 gibt es zudem die Möglichkeit, ein Orientierungsstudium "Humanities" (Geistes- und Sozialwissenschaften) an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. zu absolvieren. Mit den Orientierungsstudiengängen soll den Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, sich in verschiedenen Schwerpunkten einer Fachkultur auszuprobieren, die Auswahl ihres Studienfaches zu überprüfen, nahtlos ein Schwerpunktstudium anzuschließen oder aber sich fachlich gegebenenfalls neu zu orientieren.
3. Der Landtag unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass sich die hessischen Hochschulen durch Orientierungsphasen, Brückenkurse vor Aufnahme des Studiums, unterstützende Beratungsangebote, Lerngruppen, Tutorien, familiengerechte Strukturen, flexible Zeitformate, innovative Lehr- und Lernformen ("Blended Learning" u.a.) sowie weitere Angebote und Maßnahmen generell den mit zunehmend unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und Lebenswirklichkeiten ihrer Studierenden verbundenen Herausforderungen stellen. Diese Angebote leisten ebenso wie das Orientierungsstudium einen wichtigen Beitrag zu Studienerfolg und -zufriedenheit.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, unter Berücksichtigung der Hochschulautonomie zu prüfen, ob ausgehend von den Ergebnissen der Modellversuche weitere Orientierungsstudiengänge implementiert werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 4. September 2018

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Frömmrich